

Thomas Mayer
Roman Huber

VOLL GELD

Das Geldsystem
der Zukunft

Unser Weg aus
der Finanzkrise



Thomas Mayer & Roman Huber

Vollgeld

Thomas Mayer & Roman Huber

Vollgeld

Das Geldsystem der Zukunft

Unser Weg aus der Finanzkrise

Tectum Sachbuch

Thomas Mayer
Roman Huber
Vollgeld. Das Geldsystem der Zukunft. Unser Weg aus der Finanzkrise
Umschlagabbildung: istockphoto.com © dibrova (bearbeitet)
© Tectum Verlag Marburg, 2014

ISBN 978-3-8288-6107-7

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Buch
unter der ISBN 978-3-8288-3350-0 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de
www.facebook.com/tectum.verlag

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Wer anderen etwas vorgedacht
wird jahrelang erst ausgelacht.
Begreift man die Entdeckung endlich
so nennt sie jeder selbstverständlich.

Wilhelm Busch

Vorwort	9
KAPITEL 1:	
Einstimmung	13
Sieben Fragen zum Geld...	
die Sie sich einmal stellen sollten	13
Einige Stimmen	14
KAPITEL 2:	
Wer regiert die Welt – wir oder das Geld?	19
Wie kam es zur jüngsten Finanzkrise?	21
Die Euro-Krise	37
KAPITEL 3:	
Hauptprobleme des heutigen Geldsystems	53
Giralgeldschöpfung der Banken	53
Wie kommt das Geld in Umlauf?	72
Nachteile des Schuldgeldsystems	83
Warum wurde die Geldherstellung	
privaten Firmen überlassen?	101
Die Technik der Verschleierung	111
KAPITEL 4:	
Vollgeld könnte eingeführt werden,	
ohne dass wir es bemerken	127
Die wichtigsten Punkte der Vollgeld-Reform	127
Auswirkungen für Bankkunden	133
Vollgeld braucht Gewaltenteilung	137
KAPITEL 5:	
Die großen Vorteile des Vollgeldes	139
Vollgeld ist einfach, verständlich und gibt es als Münzen	
schon seit Jahrtausenden	139
Vollgeld rentiert sich: 5 Billionen für die Euro-Staaten,	
300 Milliarden für die Schweiz!	140

8 Thomas Mayer & Roman Huber – Vollgeld

Vollgeld senkt die Staatsverschuldung der Euro-Staaten um 60 %, die Schweiz wird ganz schuldenfrei	155
Vollgeld beendet die Euro-Krise und macht EU-Bürokratie (ESM, Bankenunion, Basel III etc.) überflüssig	184
Vollgeld ist das sicherste Geld der Welt, Konkursbanken können abgewickelt werden	191
Vollgeld verhindert Finanzblasen	201
Vollgeld schützt vor Inflation	235
Vollgeld mildert die Kluft zwischen Arm und Reich	239
Vollgeld reduziert den Wachstumsdruck	249
Vollgeld schafft freien Wettbewerb	269
KAPITEL 6:	
Vollgeld in der Diskussion	273
Alternativen zum Vollgeld	273
Missverständnisse zum Vollgeld	280
Welche Probleme löst Vollgeld nicht?	282
Auswirkungen für Banken	284
KAPITEL 7:	
Der Traum wird Wirklichkeit	293
Anhang	305
Online-Ergänzungsbuch	305
Anmerkungen	306
Verwendete Literatur	315

Vorwort

Dieses Buch ist ein Plädoyer für das Vollgeld. Vollgeld schafft ein einfaches, sicheres Geld- und Bankensystem, das viele Probleme des bestehenden, sehr ungerechten Geldsystems löst.

Was bedeutet der Name VOLLGELD? Vollgeld bringt zum Ausdruck, dass das elektronische Geld auf den Bankkonten vollwertiges, gesetzliches Zahlungsmittel und allein von der Zentralbank erzeugt wird, wie heute Münzen und Banknoten. Vollgeld ist von der ganzen Volkswirtschaft gedeckt, während elektronisches Geld, das von einer Bank erzeugt wurde, sich in Luft auflösen kann, wenn die Bank etwa bankrott geht.

Vollgeld ist keine Revolution oder fundamentale Alternative zum bestehenden System, sondern ein naheliegender nächster Schritt. Wir haben bereits über Jahrtausende hinweg mit den Geldmünzen ein Vollgeldsystem. Erst in den letzten drei Jahrhunderten bildete sich das heute bestehende Bankengeldsystem heraus. Vor über hundert Jahren wurde den Banken verboten, Papiergeld selbst zu drucken. Seitdem dürfen nur noch Zentralbanken Geld drucken. Dasselbe streben wir nun mit dem elektronischen Geld an. Dann können Banken kein eigenes Geld mehr schaffen, sondern nur noch Geld verleihen, das sie zur Verfügung gestellt bekommen haben.

Vollgeld hat sehr viele Vorteile:

- Das Geldsystem wird für die Bürgerinnen und Bürger wieder verständlich.
- Geld auf Girokonten ist vollumfänglich sicher, auch bei Bankenpleiten.
- Die heutige unkontrollierte Geldschöpfung durch die Banken wird eingedämmt und damit zukünftige Finanzblasen verhindert.
- Das Bankensystem wird weitgehend entflochten, so dass der Staat weniger durch Bankenpleiten erpressbar ist.
- Alle Gewinne aus der Geldschöpfung stehen ausschließlich der Allgemeinheit zur Verfügung. Die Vollgeldreform bringt den Bürgerinnen und Bürgern im Euro-Raum zusätzlich 5 Billionen Euro oder jenen in der Schweiz 300 Milliarden Franken.
- Die Umverteilung von Arm zu Reich allein durch die Inumlaufbringung von Geld durch verzinsliche Kredite wird beendet.
- Eine Wettbewerbsgleichheit zwischen Banken und Unternehmen sowie zwischen Groß- und Kleinbanken wird hergestellt.
- Der Wachstumsdruck auf die Wirtschaft wird reduziert.

Ein Geld, das solche Wunder vollbringt? Gibt es das wirklich? Ist das wahr oder ist das ein Traum? Manchmal werden Träume wahr – nicht nur in Märchen, sondern auch im realen Leben. Vollgeld steht auf dem Boden aller Tatsachen, ist gut erforscht und leicht umsetzbar. Immer wieder plädierten Wissenschaftler für die alleinige Herstellung von Geld durch den Staat. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Milton Friedman und der Freiburger Ökonom Walter Eucken waren von der

Idee überzeugt. 1935 schlugen der weltberühmte Volkswirt Irving Fisher und die „Chicagoer Schule“ als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise das „100%-Money“ vor. Das wurde vom Internationalen Währungsfond (IWF), der für die internationale Währungsstabilität verantwortlich ist, untersucht und in den positiven Wirkungen bestätigt.¹ Vollgeld ist eine Variante des 100%-Money, die die bewährten Regeln des Münzgeldes auf Papier- und Giralgeld ausdehnt. Daran arbeiten Forscher seit vielen Jahrzehnten. Hier seien besonders Rolf Gocht, Joseph Huber und James Robertson erwähnt, auf deren Arbeiten wir uns stark beziehen.

An Vollgeld profitiert fast jede und jeder. Es gibt aber auch einige wenige Verlierer. Nicht jeder freut sich über Vollgeld:

- Die Investment-Banken müssten auf das einträgliche Geschäft der Börsen-Spekulation mit selbst erfundenem Geld verzichten, der Eigenhandel wird so stark eingeschränkt.
- Wenn in Folge der Vollgeldreform Staatsschulden getilgt werden, müssten die Banken auf das einträgliche Geschäft der Staatsfinanzierung mit selbst erfundenem Geld verzichten.
- Die bisherigen Inhaber von Staatspapieren müssten anderweitige Anlege-Möglichkeiten suchen, womöglich riskantere.
- Da es weniger *Auf* und *Ab* an den Finanzmärkten gibt, haben Spekulanten weniger Chancen auf schnelle Gewinne.
- Das Bankgeschäft wird insgesamt langweiliger und nichts mehr für Boni-Jäger.

Das Buch wurde hauptsächlich von Thomas Mayer geschrieben. Roman Huber formulierte Kapitel 2 „Wer regiert die Welt?“. Viele Freundinnen und Freunde haben das Manuskript

durchgesehen. Unser besonderer Dank geht an: Elena Ball, Anne Dänner, Timm Gudehus, Joseph Huber, Klaus Karwat, Brigitte Krenkers, Ludolf von Mackensen, Walter Meier-Solfrian, Daniel Meier, Ralf Otterpohl, Iris Paxino-Brachmann, Mara Seeberger, Sebastian von Verschuer, Hansruedi Weber und Barbara Ziep.

Die Autorenhonorare dieses Buches fließen der Bewusstseins-Stiftung zu. Diese fördert Initiativen für die Einführung des Vollgeldes und weitere Reformen unseres Geldsystems. Wir suchen Mitstifter und Spender. (www.bewusstseins-stiftung.de)

In der Schweiz will die VOLLGELD-INITIATIVE erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger über die demokratische Kontrolle ihres Geldwesens abstimmen können (www.vollgeld-initiative.ch). Auch in Deutschland streben wir eine Volksabstimmung zur Vollgeld-Reform an. Wenn die bundesweite Volksabstimmung rechtlich geregelt wird – womit wir in den nächsten Jahren rechnen – wollen wir vorbereitet sein und starten können (www.vollgeld.org und www.monetative.de). In vielen anderen Staaten gibt es ähnliche Initiativen (www.internationalmoney-reform.org).

Viel Spaß beim Lesen!
Thomas Mayer und Roman Huber
im August 2014

KAPITEL 1: Einstimmung

Sieben Fragen zum Geld ... die Sie sich einmal stellen sollten

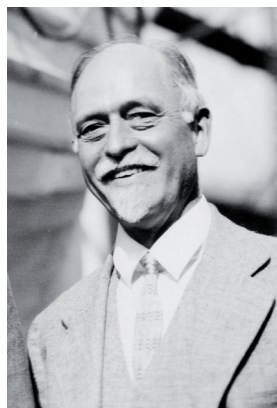
1. Ist Ihnen bekannt, dass ca. 90 % des von uns verwendeten Geldes (das elektronische Geld auf unseren Bankkonten) nicht – wie von den meisten Menschen angenommen – durch die demokratisch legitimierten Zentralbanken, sondern durch private, gewinnorientierte Geschäftsbanken erzeugt und in Umlauf gebracht wird?
2. Wissen Sie, dass dieses Privileg der Banken, elektronisches Geld zu erzeugen, gesetzlich nicht explizit geregelt ist?
3. Ist Ihnen bekannt, dass mit einer Korrektur dieser Praxis die derzeitige Staatsverschuldung innerhalb weniger Jahre weitgehend getilgt werden könnte?
4. Ist Ihnen bekannt, dass dadurch auch Milliarden an jährlichen Zinszahlungen eingespart werden könnten?

5. Sind Sie der Meinung, dass die Banken künftig gleiche Rechte haben sollen wie alle anderen Unternehmen, welche ja selbst kein Geld herstellen können?
6. Würden Sie ein Geldsystem bevorzugen, das gewährleistet, dass die Wirtschaft auch ohne Wachstumsdruck stabil bleiben kann?
7. Wollen Sie ein Geld- und Bankensystem, das bei Bankentpleiten und Finanz-Crashes nicht ins Wanken kommt?

Einige Stimmen

Das Problem der Geldschöpfung durch die Banken und die Einführung von Vollgeld wurde von Wissenschaftlern immer wieder diskutiert.

Irving Fisher (1867–1947) war einer der bedeutendsten Nationalökonomen Amerikas. Seine Publikationsliste umfasst 2000



Quelle: <http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/7/7d/Irvingfisher.jpg>

Titel. Beim Börsencrash 1929 verlor er fast sein gesamtes Vermögen und auch seinen guten Ruf, da er noch kurz zuvor zum Kauf von Aktien geraten hatte. Als Konsequenz daraus veröffentlichte er 1935 sein letztes Buch „100%-Money“, in dem er eine Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts auf Geldschöpfung forderte.¹ Darin schrieb er: *„Wenn es ein 100%-Money-System gegeben hätte, wäre die große Depression nicht ausgelöst worden.“*

Viele weitere Wissenschaftler forderten damals eine 100%-Deckung des Geldes und brachten das im „Chicago Plan“ in die politische Diskussion ein, setzte sich aber nicht durch.

In Deutschland arbeitete **Rolf Gocht** (1913–2008) die Idee des Vollgeldes aus.² Rolf Gocht war Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank von 1967 bis 1975. Er schrieb: *„Die Ursache der unserer Geldordnung innewohnenden Unstabilität liegt in der Entstehung von Geld und seiner Vernichtung durch einen Bankkredit und dessen Tilgung.“*



Quelle: Deutsche Bundesbank



Quelle: <http://www.funeraire-info.fr/wp-content/uploads/2012/10/Maurice-Allais.png>

In Frankreich war **Maurice Allais** (1911–2010), Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften von 1988, ein Befürworter der alleinigen Geldschöpfung durch den Staat:³ *„Der Staat und nur der Staat alleine darf die einzige Kompetenz der Geldschöpfung haben. Jede Geldschöpfung außer dem Basisgeld der Zentralbank muss verunmöglicht und die Erzeugung von Bankengeld abgeschafft werden.“*



Quelle: thesun.co.uk

Dennoch wurde die Vollgeld-Idee kaum aufgegriffen. Erst durch die Finanzkrise ab 2008 öffnete sich der Raum dafür, unser bestehendes Geld- und Bankensystem zu hinterfragen. Das brachte **Sir Mervyn King**, Präsident der Bank of England von 2003–2013, prägnant auf den Punkt:⁴ „*Von allen Möglichkeiten, das Bankwesen zu organisieren, ist die schlechteste die, die wir heute haben.*“

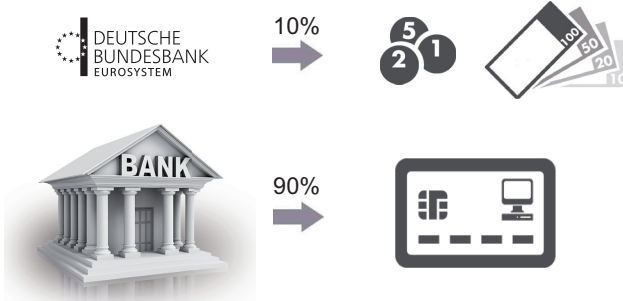
SO WAR ES FRÜHER:

Die Zentralbank erzeugte Münzen und Banknoten im Gesamtinteresse des Landes. Die Gewinne kamen den Bürgerinnen und Bürgern zugute.



SO IST ES HEUTE:

Zu den Münzen und Banknoten kam das elektronische Geld dazu und macht heute 90 Prozent unseres Geldes aus. Das erzeugen die Banken im Eigeninteresse und streichen den Gewinn grossteils ein.



DAS WILL DIE VOLLGELD-INITIATIVE:

Die Zentralbank soll auch das elektronische Geld erzeugen. Das geschieht dann wieder im Gesamtinteresse des Landes.

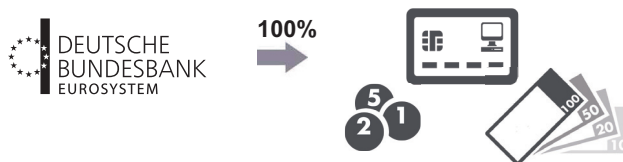


Schaubild 1: Das will die Vollgeld-Initiative

KAPITEL 2:

Wer regiert die Welt – wir oder das Geld?

Seit 2008 begleitet uns nun die Finanzkrise, die gravierendste Krise seit der Großen Depression 1929. Immer mehr Menschen in ganz Europa verarmen. Die Hoffnung von Millionen von Jugendlichen in Südeuropa, ein sinnerfülltes Leben zu führen, schwindet. Die Politik hat immer wieder mit Geld Zeit erkauft – um die Lösung der Probleme, für die man keine Antwort hatte, in die Zukunft zu verschieben.

Die Mehrheit der Menschen befürchtet, dass die Politiker der Situation nicht mehr gewachsen sind. Die Mehrheit der Menschen glaubt, dass ihre Stimme bei der Wahl kaum mehr einen Unterschied macht. Immer mehr Menschen stellen sich die Frage: Leben wir noch in einer demokratischen Grundordnung oder hat nicht in Wirklichkeit eine abgehobene, oligarchische Clique von Bankern und Konzernlenkern die Macht übernommen?

Diese Frage hat nicht nur akademischen Wert, sondern ist von entscheidender Bedeutung für unser Leben. Wer regiert tatsächlich? Wer entscheidet über das Wohl und Wehe von Millionen, ja Milliarden von Menschen? Kann die demokratisch legitimierte Politik noch die Spielregeln unseres Zusammenlebens gestalten? Falls nicht, wäre unsere demokratische Grundordnung eine Farce, Wahlen nur ein Medienspektakel.

Die Finanzwirtschaft konditioniert die Realwirtschaft in immer stärkerem Maße. Beide haben einen ungebührlich hohen Einfluss auf die demokratisch legitimierte Politik.

Durch das Auftreten des mächtigen Mitspielers Finanzkapital wurde ein neues Stadium erreicht im Verhältnis zwischen Demokratie und Kapital. Denn längst üben die Finanzmärkte

ihren Einfluss nicht mehr nur indirekt aus, indem sie investieren oder nicht investieren. Sie üben ohne Umwege insofern direkten Einfluss aus, als dass sie über Finanzierung oder Nicht-Finanzierung von Staaten entscheiden. Die Demokratie zieht den Kürzeren. Die Macht geht nicht mehr vom Volke aus, sondern dieses wird vom „Finanzvolk“ abgelöst.

Wir wollen über diese Feststellung einen Schritt hinausgehen und zeigen: Die zugrunde liegenden Rahmenbedingungen sind die eigentlichen Ursachen der Krise. Unsere heutige Geldordnung und die fehlende Regulierung und Gestaltung der Märkte sind das Problem. Dies wollen wir in elf kurzen Thesen ausführen.

Dafür betrachten wir zunächst, wie es zur jüngsten Finanzkrise kam. Wir werden zeigen, dass vor allem auch die Politik und nicht nur die Märkte versagt haben. Darin liegt aber auch Hoffnung: Wenn die Krise durch politische Entscheidungen erst ermöglicht wurde, dann könnten politische Entscheidungen auch das Ruder wieder herum reißen.

In der Politik geht die Macht – nach unserem Verständnis – von den Bürgerinnen und Bürgern aus. Wir sind der Souverän. Wir sind der Staat. Am Ende zahlen wir die Zeche.

Damit sind wir auch in Verantwortung. Zuerst einmal ist es keine angenehme Erkenntnis, dass die von uns gewählten Politikerinnen und Politiker und damit letztlich wir selbst für dieses Desaster mitverantwortlich sind. Wir können die Schuld nicht mehr auf die anderen abschieben. Aber das macht uns im zweiten Schritt wieder zu handlungsfähigen Akteuren. Wir sind nicht mehr Teil oder Opfer der Verhältnisse, sondern deren Verursacher und damit auch die potentiellen Löser der Probleme.

Wie kam es zur jüngsten Finanzkrise?

Der Anfang: US-Immobilienkrise ab 2007

Es begann im Frühjahr 2007 mit der US-Immobilienkrise. Es wurden im großen Stil günstige Hypothekenkredite an private Bauherren mit geringer Kreditwürdigkeit vergeben. Die Banken warfen mit billigem Geld nur so um sich. Kredite wurden an Menschen mit geringem Einkommen oder Gelegenheitsjobs vergeben – ohne jegliche Bonitätsprüfung. War das Eigenkapital nicht vorhanden, wurde dies durch andere Darlehen finanziert. Wenn man die Gepflogenheiten bei einem Hauskauf hierzulande kennt, kann man gar nicht glauben, wie fahrlässig Kredite an Menschen vergeben wurden, die sich das eigentlich gar nicht leisten konnten. Gleichzeitig gab es eine Boom-Stimmung, in deren Folge derjenige der Dumme zu sein schien, der nicht in dieses Karussell einstieg. Es war völlig normal, dass man den einen Kredit mit dem anderen deckt, die eine Kreditkarte mit der anderen. Genährt wurde das ganze Spiel durch die Hoffnung auf endlos steigende Immobilienpreise. Tatsächlich haben sich die Immobilienpreise in den USA zwischen 1996 und 2006 verdoppelt. Das Ende eines solchen Booms – angetrieben durch zu viel und zu billiges Geld – ist üblicherweise, dass irgendwann die Blase platzt, die Immobilienpreise wieder sinken, es zu immer mehr Zahlungsausfällen bei den Darlehensnehmern kommt, Banken wanken und der ganze Spuk in sich zusammenfällt – eine regionale Krise.

Wie aber konnte sich diese regionale Krise weltweit ausbreiten?

Vor einigen Jahren konnte man sich das gar nicht vorstellen: Banken verkaufen Kredite einfach weiter. Als ich das zum ersten Mal hörte, war ich entsetzt. Die Bank oder Sparkasse meines Vertrauens verkauft meinen Kreditvertrag einfach weiter und ich habe plötzlich einen völlig anderen, anonymen Gläubiger. Darf die Bank das überhaupt? Ja, sie darf, im Klein-

gedruckten steht es. Natürlich sinkt dann die Motivation der Bank, die Bonität des Kreditnehmers zu prüfen, gegen null. Denn zurückgezahlt wird an jemand anderen.

Die Kredite wurden nicht nur einfach an die Börse weiterge-
reicht, sondern die Wall-Street-Börsianer schnürten aus einem
Kredit mit einer Menge von anderen Darlehen – Konsumkre-
dite, Ausbildungskredite, Kreditkartenschulden, Hypotheken
– ein an der Börse handelbares Paket. Für dieses sogenannte
Verbriefen haben die Banken deftige Gebühren kassiert. Kürzel
wie ABS¹ und CDO und viele andere stehen dafür. Dies ist an
sich noch nichts Skandalöses, auch der seriöse deutsche Hy-
pothekenspfandbrief funktioniert nach diesem Prinzip, solange
ein Anleger das Risiko solcher Finanzprodukte realistisch
einschätzen kann.

Die Ratingagenturen haben Anleger getäuscht

Hier kommen die Ratingagenturen ins Spiel: Zur Bewer-
tung (Rating) solcher Finanzprodukte wendet man sich an
eine der drei großen Ratingagenturen Fitch, Moody's oder
Standard & Poor's. Diese hätten dem ganzen Treiben einen
Riegel verschieben können, wenn sie kritische und realistische
Bewertungen vergeben hätten. Aber auch sie wollten mitver-
dienen und gaben zusammengewürfelten faulen Krediten die
Goldnote, das höchste Rating AAA. Frei nach dem Motto: Ein
fauler Kredit ist ein Stück Unrat, aber wenn man viele Stücke
Unrat zusammenlegt, kommt dabei kein Haufen Unrat heraus,
sondern eine Anleihe Triple-A-Rating.² Die Ratingagenturen
haften aber nicht für ihre falschen Bewertungen und die In-
vestmentbanken verkauften diese Pakete in die ganze Welt. So
breiteten sich diese Schrotthypotheken im gesamten globalen
Finanzsystem aus und sickerten weltweit in die Bilanzen von
Tausenden von Banken hinein.

Im Hintergrund: Schattenbankenwesen

Das waren aber nur die offensichtlichsten Symptome einer tieferen, strukturellen Fäulnis der globalen Finanzarchitektur.

Im Laufe der Jahre hatte sich ein regelrechtes „Schattenbankenwesen“ entwickelt. Auf den ständig wachsenden Finanzmärkten entstanden Finanzunternehmen, die aussehen wie Banken, sich verhalten wie Banken, Geld verleihen wie Banken, aber – und das ist das Entscheidende – nicht unter derselben Aufsicht stehen wie Banken.³ Diese Schattenbanken bewegten am Vorabend der Krise ähnlich hohe Summen wie die konventionellen Banken, standen aber nicht unter staatlicher Kontrolle, hatten keinerlei Zugang zu Notenbankkrediten und es gab keine Entsprechung zu einer Art Einlagensicherung. Reguläre Banken nutzten dieses Schlupfloch und gründeten vielfach spezielle Zweckgesellschaften, die riesige Verbindlichkeiten hielten, die aber nicht in den Bilanzen der Banken auftauchten.

Banken wie Schattenbanken erzielten ihre größten Gewinne mit Eigenhandel, also das Handeln von Finanzinstrumenten auf eigene Rechnung und mit selbst erzeugtem Geld, sowie mit undurchsichtigen Derivaten. Derivate sind Instrumente, mit denen man auf die Entwicklung von Preisen, Aktien oder Kursen wetten kann. Mit geringem Kapitaleinsatz können riesige Gewinne eingefahren werden oder fast aus dem Nichts Forderungen in Millionen- und Milliardenhöhe entstehen.

Während die Banken und innerhalb der Banken auch nur noch die Finanzmathematiker, die sogenannten „Quants“, die mathematischen Formeln ihrer Produkte kennen, tappen die Kunden meist im Dunkeln.

Auch Kreditausfallversicherungen gehören zur Gruppe der Derivate. Sie wurden entwickelt, damit Banken sich gegen das Ausfallrisiko, zum Beispiel von Schrotthypothekenspapieren,

absichern können. Sie gehören zum Komplexesten, was je von der Wall Street entwickelt wurde. Gleichzeitig gehörten sie zu den Finanzinstrumenten mit der höchsten Wachstumsrate. Addiert man im Jahr 2008 die Nennwerte all dieser Papiere, kommt man auf 62.000 Milliarden Dollar – also in etwa so viel, wie in einem Jahr auf der ganzen Erde produziert wird. Während bei einem Hypothekenpfandbrief noch ein realer Wirtschaftswert dahinter steht, nämlich eine Immobilie, sind diese Papiere künstlich und lassen sich im Gegensatz zu Aktien und Anleihen endlos vermehren. Der Handel mit diesen Papieren wird kaum strikter gehandhabt als die mittägliche Pizzabestellung. Am Telefon oder per E-Mail sprechen die Händler ihre Kontrakte ab. Die Banken, die als aktivste Teilnehmer die Preise festsetzen, schicken von Zeit zu Zeit ihre Kurslisten per E-Mail herum. Warren Buffett, die Anlegerlegende, bezeichnete bereits 2002 Derivate als finanzielle Massenvernichtungswaffen, deren Gefahren im Augenblick zwar verborgen, die potentiell jedoch todbringend seien.⁴ Entstanden ist ein riesiger unkontrollierter Finanzmarkt, der sich weitgehend von der Realwirtschaft abgekoppelt hat, diese aber massiv beeinflusst.

Anreiz für Risiko: Gehalts- und Bonussystem

Dazu kamen Bonussysteme, die absurd hohe Prämien auszahlten, aber nicht in gleichem Maße bestrafen, wenn sich die Lage verschlechterte. Fred „the Shred“ Goodwin, ehemals Chef der Royal Bank of Scotland und *die* Symbolfigur des gierigen Bankers, wurde Ende 2008 aus dem Amt gejagt, nachdem seine Expansionspolitik das zweitgrößte Geldhaus des Königreichs an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gebracht hatte. Am Ende mussten die Steuerzahler die angeschlagene Bank mit 45 Milliarden Pfund (53,6 Milliarden Euro) stützen. Teurer war keine andere Bankenrettung. Doch der Bankmanager weigerte sich nach seiner Ablösung monatelang, „freiwillig“ auf seine Pensionsansprüche gegenüber seinem ehemaligen Arbeitge-

ber zu verzichten. Nur widerwillig begnügte sich Goodwin schließlich mit einem Ruhekitzen von rund 340.000 Pfund pro Jahr – gut 200.000 Pfund weniger als ursprünglich vereinbart.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis das Kartenhaus wackelt. Seit 2004 begann die Fed (US-Zentralbank), sukzessive die Leitzinsen zu erhöhen. Damit stiegen auch die Zinsen für Darlehen. Als nun Immobilienbesitzer ihre Darlehen umschulden wollten, kamen sie zunehmend in die Bredouille. Da ab 2006 die Hauspreise zu sinken begannen, war ein Immobilienverkauf auch keine Lösung mehr und die Blase platzte.

Baufinanzierer, aber auch Banken, die die Finanzpakete gekauft hatten, gerieten in heftige finanzielle Turbulenzen. Die Hypothekenkrise entwickelte sich im Laufe des Jahres 2007 zu einer regelrechten Vertrauenskrise unter den Banken und fand ihren vorläufigen Höhepunkt im Zusammenbruch der Großbank Lehman Brothers im September 2008.

Die Finanzkrise schwappte schnell nach Deutschland über, auch deutsche Banken wie die Mittelstandsbank IKB, die SachsenLB, die WestLB, die BayernLB und die Hypo Real Estate wurden aufgrund ihrer Spekulationen am US-Immobilienmarkt erfasst.

Die Finanzkrise war vorhersehbar.

US-Vizepräsident Dick Cheney behauptete noch Anfang 2009 „Niemand war klug genug, das zu durchschauen. Das hat niemand kommen sehen.“⁵ Doch die Finanzkrise in den USA kam nicht aus heiterem Himmel. So sagte etwa Nouriel Roubini (Wirtschaftsprofessor aus New York und früherer Wirtschaftsberater von Bill Clinton) 2006 auf dem Höhepunkt des Booms die Krise vorher.⁶ Auch andere Wissenschaftler – zugegebenermaßen wenige – hatten schon im Jahr 2000 vor der Immobilienblase gewarnt.

Wie trifft die Krise der Finanzmärkte Realwirtschaft und Bürger?

Eine beliebte These unter den Finanzmarktakteuren ist: „We are all big boys.“ Das soll heißen: Wir sind alle institutionelle Anleger und spielen zu den gleichen Bedingungen, somit ist das Spiel fair, manchmal gewinnt man, manchmal verliert man. Das ist fundamental falsch. Denn die Bank gewinnt unter dem Strich immer – zu Lasten der kleinen Anleger. Die Zauberformel dafür lautet: asymmetrische Informationen.⁷ Die Bank kann allen anderen Spielern, die am Tisch sitzen, in die Karten schauen; sie weiß genau, was jeder Kunde auf dem Markt tut, ja, sie gibt sogar die Karten aus. Wie könnte die Bank da je verlieren? Sie hat einen uneinholbaren Informationsvorsprung. Greg Smith, ein ehemaliger Goldman-Sachs-Manager, berichtet, dass Wall-Street-Banken es teilweise schafften, an jedem Tag in einem Quartal Gewinne zu machen, 90 Tage am Stück.

Doch dies muss ja irgendetwas bezahlen. Wer bezahlt diese Gewinne, indem er Verluste macht? Wer zahlt die Zeche, wenn eine Kommune sich auf Geschäfte mit J.P. Morgan mit Derivaten einlässt, das Ganze schief geht und der kommunale Haushalt dadurch auf Jahre hinaus am Rande des Konkurses steht? Wer trägt die Konsequenzen, wenn die Schulden ganzer Staatshaushalte mit Hilfe von Goldman Sachs schon beim Einstieg in den Euro verschleiert werden? Wer beißt in den sauren Apfel, wenn ein Staat mit Derivaten Milliarden von Dollar verzockt, die eigentlich den Bürgern gehören? Wessen Milliarden gehen flöten, wenn Investmentfonds die Altersvorsorge von Rentnern aufs Spiel setzen? Wer zahlt Milliarden von Euro zu viel an Zinsen, wenn die Großbanken den Libor, den Referenzzinssatz für Studiendarlehen und Hypotheken, manipulieren? Wir alle, die ganz normalen Bürger – und nicht die „big boys“!

Ein Bündel von Faktoren führte in die Krise: das Verhalten der Finanzmärkte inklusive der installierten Bonussysteme, die

schwache Unternehmensaufsicht, der Aufstieg des Schattenbankenwesens und zu viel, zu billiges Geld.

Wer trägt nun die Verantwortung dafür?

War es in erster Linie menschliche Schwäche, die Gier und Unethik der Manager, der Trader und der anderen Finanzmarktakteure? Haben die Notenbanken versagt, vielleicht sogar der Markt? Oder haben zumindest zu entscheidenden Teilen die politischen Strukturen diese Zustände herbeigeführt, sei es durch Unkenntnis, Fehler oder gesteuert durch mächtigen Lobbyeinfluss?

These 1:

Entscheidungen der Politik, nicht der Wirtschaft oder der Finanzwirtschaft haben die Grundlagen für die folgenden Krisen geschaffen. Die massive und grundlegende Liberalisierung der Finanzmärkte wurde durch die Politik entschieden und ermöglicht.

Es ist zu simpel, zockenden Banken und gierigen Managern die alleinige Schuld für die Auswüchse der Finanzmärkte zuzuschieben. Die Liberalisierung der Finanzmärkte ist nicht gottgegeben, sie war gewollt und wurde von Politikerinnen und Politikern ermöglicht. Die Grundlagen für all die kaum mehr durchschaubaren Finanzinstrumente wie Derivate, Kreditausfallversicherungen, aber auch die unterschiedlichen Rettungsschirme haben Parlamente beschlossen oder zugelassen.⁸

Der erste große „Big Bang“ der plötzlichen Deregulierung der Finanzmärkte fand im Jahr 1986 unter Margaret Thatcher statt. Ein Großteil der Regeln für den Handel an Börsen wurde gestrichen, Banken durften uneingeschränkt ins Wertpapier- und Investmentgeschäft einsteigen, der Computerhandel wurde eingeführt und ausländische Firmen wurden an der Börse zugelassen. In kürzester Zeit war nichts mehr wie früher. Feine englische Handelsbanken, Familienunternehmen mit

traditionsgeladenen Namen wie Warburg, Fleming, Kleinwort Benson wurden von amerikanischen und europäischen Großbanken übernommen. Statt mit der Finanzierung des Handels verdienten sie das meiste Geld nun mit Kapital. Das Investmentbanking schaffte den Durchbruch. Die Regulierungsbehörden ließen das zu. Der Rest Europas musste sich der Liberalisierung der britischen Finanzmärkte anpassen.

Im Februar 1990 beschloss in Deutschland die schwarz-gelbe Bundesregierung das „Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte“. Neben vielen anderen Regeln fällt auch die sogenannte „Börsen-Umsatzsteuer“. Bis 1991 hatte es also bereits eine „Finanztransaktionssteuer“ oder Tobin-Tax in Deutschland gegeben, die später immer wieder diskutiert wurde. Im November 1999 hob Bill Clinton den Glass-Steagall Act aus dem Jahr 1933 auf, der als eine Lehre aus der ersten Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 hervorgegangen war. Das Geschäft mit Wertpapieren musste nicht länger vom normalen Bankgeschäft mit Einlagen, Zinsen und Krediten getrennt sein. Erst dadurch konnten die Bankgiganten entstehen, die aufgrund ihrer schieren Größe nie pleitegehen durften, da sie dann nicht nur die Gambler der Finanzmärkte, sondern Tausende von Unternehmen und Millionen von Bürgern in den Abgrund reißen würden.

Auch unter Rot-Grün wurden weitere massive Deregulierungen in Deutschland beschlossen. Bis Ende 2009 wurden vom Bundestag über hundert Rechtsakte zur Deregulierung der Finanzmärkte in Deutschland unter Berücksichtigung der Rahmensetzung durch die EU verabschiedet.⁹

Parlamente und Regierungen waren also ursächlich daran beteiligt, die Finanzmärkte so weit zu deregulieren, dass sich ein ungehemmter Marktkapitalismus Bahn brechen konnte. Nicht nur die bösen Banken tragen die Schuld und Verantwortung. In gewisser Hinsicht haben sie sich sogar im Rahmen ihrer Zielsetzungen, nämlich Shareholder-Value zu generieren und

Gewinnmaximierung zu betreiben, vielleicht nicht ethisch, aber zumindest „rational“ verhalten.

Infolge dieser Liberalisierungen wuchsen zu große Bankinstitute heran, sie wurden „too big to fail“. Ginge eines von ihnen pleite, würde dies – so die Theorie – einen Dominoeffekt auslösen, der zu einer Weltwirtschaftskrise führen würde.

Wie sehr dies alles jegliches vernünftige Maß überschritten hat, wird sichtbar, wenn wir vergleichen, wie groß die Finanzmärkte im Vergleich zur Realwirtschaft sind. Noch im Jahr 1990 betrug das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die gesamte Wertschöpfung der realen Wirtschaft, 22 Billionen Dollar. Die Summe aller synthetischen Finanzmarktprodukte lag bei zwei Billionen Dollar, also einem Zehntel. 2010 ist das globale BIP auf 63 Billionen Dollar angewachsen, die synthetischen Produkte dagegen auf 600 Billionen Dollar. Die Realwirtschaft hat sich verdreifacht, die Finanzwirtschaft hat sich verdreihundertfacht. Die Bewegungen in der Finanzwirtschaft sind also längst nicht mehr durch realwirtschaftliche Vorgänge gedeckt. Dies ist das Ergebnis von jahrzehntelanger Deregulierung.

These 2:

Die Selbstregulierung der Märkte hat nicht funktioniert.

Ein zentrales Argument für die Deregulierung war, dass man sich zu 100 Prozent auf die Selbstregulierung der Märkte verlassen könne. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes würde weiser und zielsicherer als jedes Einzelwesen die Märkte regulieren. Ein staatliches Eingreifen sei insofern überflüssig. Mit einem nüchternen Blick können wir heute feststellen, dass die Selbstregulierung der Finanzmärkte nicht funktioniert hat. Denn danach hätten sich in den Märkten Blasen jeder Art bilden können – seien es Immobilienblasen oder Anfang des Jahrtausends die Dotcom-Blase – irgendwann wären diese Bla-